

Ich lasse zunächst über den "Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Terrorismusbekämpfung und zur Ersetzung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 643/15. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9705.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird der Beschlussempfehlung zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 806/2014 im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems" abstimmen. Das ist auf Bundesrats-Drucksache 640/15. – Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen schlägt auch hier vor, festzustellen, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung zur Verordnungsänderung im Hinblick auf die Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems Subsidiaritätsbedenken bestehen, und die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden. Ich verweise hierzu auf die verteilte Drucksache 17/9706.

Wer der Empfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit wird dieser Beschlussempfehlung ebenfalls zugestimmt. Ich bedanke mich dafür ganz herzlich.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung eine Ausschussumbesetzung bekannt: Anstelle von Frau Judith Gerlach wird Herr Michael Brückner neues Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen. Frau Kollegin, liebe Judith Gerlach, alles Gute für die nächsten Wochen; wir freuen uns mit dir auf den Nachwuchs.

Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU) Bezahlbarer Wohnungsbau: Standards überprüfen (Drs. 17/9714)

Ich darf die Aussprache eröffnen und als Erstem Herrn Kollegen Rotter für die CSU-Fraktion das Wort erteilen.

Eberhard Rotter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich tut sich etwas im sozialen Wohnungsbau, und zwar erfreulicherweise nicht zu knapp. Dies gilt für den Freistaat Bayern ganz besonders, aber auch für den Bund. Wenn Sie das noch immer nicht realisiert haben sollten, empfehle ich Ihnen die draußen ausliegende Informationsbroschüre des Bayerischen Städtetages vom Januar 2016 mit der Überschrift "Bessere Förderung für den Wohnungsbau". Darin wird der Wohnungspakt Bayern ausdrücklich gelobt, der eine spürbare Verbesserung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit sich bringt. Erstmals werden echte Zuschüsse in der staatlichen Wohnraumförderung gewährt. Ein kommunales Förderprogramm wurde neu aufgelegt, das sich mit einer Zuschussförderung und einem vergünstigten Darlehen an Städte und Gemeinden richtet.

Staatliche Mittel allein werden allerdings bei Weitem nicht ausreichen. Wir müssen natürlich auch privates Kapital mobilisieren. Wir haben heute ein parlamentarisches Frühstück mit der Versicherungskammer Bayern gehabt. Sie sucht, wie auch andere, Anlagemöglichkeiten für ihr Geld. Da habe ich den sozialen Wohnungsbau wärmstens empfohlen. Diese Anlagemöglichkeit war der Kammer natürlich schon bekannt, und sie engagiert sich dort auch schon. Da gibt es allerdings gewisse EU-Probleme bezüglich Eigenkapitalunterlegung usw. Manche meinen nämlich, es sei eine riskante Anlage, wenn man sich im sozialen Wohnungsbau engagiere. Dieser Überzeugung sind wir miteinander sicher nicht.

Dann geht es natürlich auch darum, Grundstücke zu mobilisieren. Hierzu kann ich ebenfalls ganz aktuell auf die Broschüre des Städtetages verweisen, in der es ausdrücklich heißt: Bezahlbarer Wohnraum lässt sich schaffen, wenn Grundstücke günstig mobilisiert